

Sozialistische Linkspartei / SLP  
Österreichische Sektion des CWI/KAI  
Kaiserstraße 14/11; A-1070 Wien  
Tel. 01/ 524 63 10 Fax 01/ 524 63 11  
E-Mail slp@pmx.at

# VORWÄRTS

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr. 30 1992 Preis 7.-

Solidaritätspreis 10.-

## 1992: Alles wird teurer

# NEIN DANKE

Bereits Anfang 1992 rollt eine Belastungswelle auf uns zu. Die Preiserhöhungen werden dafür sorgen, daß sich die österreichischen Arbeitnehmer weniger leisten können. Schätzungen zufolge soll der Reallohnverlust bei ca. 1% liegen. Doch die privaten Unternehmer und Reichen jubeln: Ihre Profite sind gesichert.

Post und Bahn werden ihre Tarife kräftig anheben. In Tirol und Salzburg wird der Strompreis erhöht. Milch und Milchprodukte sind ab 1. Jänner teurer, ebenso Bier und einige Nahrungsmittel. Die Mieten in Wien werden weiter steigen. Der Lebensstandard der Arbeitnehmer und Pensionisten wird sich 1992 verschlechtern. Die Arbeitslosenrate wird steigen, obwohl die Unternehmer glänzend verdienen. Die Löhne und Gehälter sind 1991 nur ca. 4% angehoben worden. Die Preis- und Steuererhöhungen werden darüber liegen. Und das soll ein Aufschwung sein, die hochgepriesen Marktwirtschaft? Die Unternehmer werden sich

denken: "Wir haben sie wieder einmal beschissen!"

Die Regierung verkauft große Teile der Verstaatlichten und des Bundesbesitzes. Das Budgetdefizit wird damit nur kurz verringert. Aber die privaten Unternehmer und Konzerne gewinnen an Einfluß. Die Regierung fördert die Unternehmer

mit Subventionen und Gesetzen. Bekannt ist, daß die Unternehmer Riesensummen an Steuern hinterziehen. Die Einkommenssteuer ist bereits reduziert worden. Die Industriellenvereinigung fordert jetzt die Abschaffung der Vermögenssteuer. Gerechtigkeit? Darum geht es im Kapitalismus aber nicht.

Wir brauchen eine kämpferische Gewerkschaft, die unsere Interessen vertritt. Not und Arbeitslosigkeit gehören zur Marktwirtschaft. Wir fordern sofort einen Mindestlohn für alle arbeitenden Menschen von 12.000 netto und eine Verbesserung des Lebensstandards. Der Kapitalismus und die Marktwirtschaft werden den Lohnabhängigen und Jugendlichen nichts Gutes für die Zukunft bringen. Unsere Arbeitsplätze sind genauso wie die Umwelt bedroht. Im Gegensatz zur Propaganda der Konservativen und unserer Parteispitze: Der Sozialismus ist die einzige Alternative für uns, um ein würdiges Leben für alle Menschen zu erreichen!



Arbeiter, Steuerzahler und  
Konsumenten zahlen für die  
Profite der Bosse

## KAMPFFOND

Liebe Leserinnen und Leser!

Das Jahr 1991 hat politisch viele Veränderungen gebracht. In Osteuropa kam es zum endgültigen Zusammenbruch des Stalinismus. Es gab den Golfkrieg - den größten Krieg seit 20 Jahren - und eine weltweite Protestbewegung. Es kam international zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, deren Folgen wir auch in Österreich zu spüren bekommen.

VORWÄRTS-Unterstützer waren bei all diesen Ereignissen aktiv. In der Anti-Golfkriegsbewegung mit tausenden Flugblättern, Veranstaltungen und einer Demonstration. Beim Putsch in der UdSSR mit Informations, Veranstaltungen und einer VORWÄRTS-Sondernummer. Im Wiener Wahlkampf organisierten wir wöchentliche Informationstische und Diskussionen, um gegen die ausländereindliche Haider-Politik aufzutreten.

Und wir hatten Erfolg mit unserer Arbeit. Wir konnten unser Ziel für 1991 - 40.000,- nicht nur erreichen sondern übertreffen! Allein auf der großen Demo vom 8.11.91 gegen Rassismus im Wahlkampf verkauften wir etwa 300 Zeitungen und erzielten einen Kampffond von fast 4.000,-. Um Weihnachten erreichten uns dann noch zahlreiche Einzelspenden zwischen 50,- und 2000,-.

Deshalb schwimmen wir aber nicht im Geld - im Gegenteil. Zahlreiche Ausgaben wie Druckkosten, Kopien und Anschaffung und Miete eines Büros haben unser Guthaben auf Null reduziert. Um VORWÄRTS besser produzieren zu können, wollen wir uns einen Computer mit Laserdrucker kaufen. Unser Ziel für 1992 ist hoch: Bis Ende Juli wollen wir 40.000,- erreichen. Da wir keine großen Geldgeber haben, sind wir auf Eure Unterstützung angewiesen. VORWÄRTS ist abhängig von seinen Lesern - nur mit Eurer Hilfe können wir unser Ziel erreichen.

Unterstützt uns!  
Spendet für VORWÄRTS!  
Die Redaktion (6.1.1992)

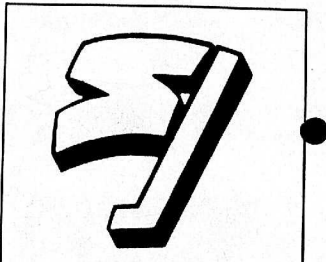
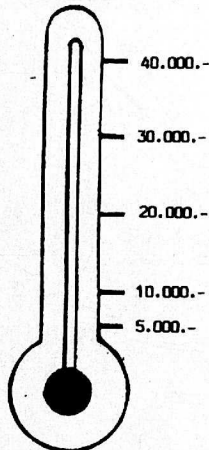
**Spendenkonto**  
**PSK 8812.733**

### DAFÜR KÄMPFT VORWÄRTS:

- \* Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- \* 12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!
- \* Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen
- \* 30m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20% des Nettoeinkommens!
- \* Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik
- \* Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!
- \* Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- \* Ein sozialistisches Österreich als Schritt zu einer neuen Weltordnung!

### INHALT:

Was wir wollen .....	Seite 2
Österreichs Wirtschaft.....	3
Wiener Wahl 1991.....	4
Unser Wahlkampf .....	4
SPÖ - Demokratie intern .....	5
Pleiten .....	5
Zerfall der UdSSR .....	6
Gemeinsam gegen Rechts .....	7
Italiens Rechte .....	8
Salzburg: Nazi-Szene .....	8
Deutschland .....	9
Le Pen trommelt .....	10
Internationale Notizen .....	10
Einweg ohne Ausweg .....	11
Grüne Alternative .....	12
Nazis vor Gericht .....	13
USA in der Krise .....	14
Erlebnis in der U-Bahn .....	15
Bundespräsidenten-Wahl .....	15
Nein zum Asylgesetz .....	16



### WIR TREFFEN UNS:

- Sozialistische Jugend 3:**  
Gruppe Commune: jeden Mittwoch  
19 Uhr 3, Zentrum Erdberg  
Lechnerstraße 2-4
- Sozialistische Jugend 5:**  
Gruppe Red Bull: jeden Dienstag  
19 Uhr  
Ort: Rückfrage bei der Redaktion
- Gruppe Funke:** jeden Mittwoch  
19 Uhr 5, Grünwaldg.4
- Linke Aktions Gruppe:**  
jeden Dienstag  
19 Uhr 6, Wallg.4
- Sozialistische Jugend 20:**  
Gruppe SAJ: jeden Mittwoch  
19 Uhr 20, Wehlstraße 20/28  
Kellerlokal (Nähe Engelsplatz)
- Sozialistische Jugend 23:**  
Gruppe Offensiv: jeden Dienstag  
19 Uhr 23, Sobotag./Purkytg.

### IMPRESSUM:

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:  
e.V. VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, Postfach 2 1082 Wien  
Druck: A. Riegelink  
Piaristeng. 19 1080 Wien  
Erscheinungsort: Wien  
Hergestellt aus Recycling-Papier

## Wirtschaft auf Talfahrt

Die Unternehmer und ihre Presse machen auf Zweckoptimismus: "Den Aufschwung kann nur noch die Weigerung der Wirtschaft, an ihn zu glauben, verhindern." (Wochenpresse Nr.1 1992) Doch allen positiven Voraussagen zum Trotz. 1991 gab es einen Rekord an Konkursen. Im Jahresdurchschnitt gab es 1991 ca. 185.000 Arbeitslose (1990: 165.800). Heuer werden die Arbeitslosen auf ca. 200.000 ansteigen.

Trotzdem haben einige große Privatunternehmen und AGs ihre Profite vervielfacht. Z.B. Maculan kaufte einige Baufirmen und schuf 1,1 Millionen. Die Zusammenschlüsse von großen Firmen gehen weiter, daraus werden wenige, aber noch größere Konzerne (z.B. Bank Austria). Doch immer mehr Konkurse, immer mehr Konkurrenz und oft zuwenig Aufträge lassen bei vielen die Profite sinken. Der geplante EG-Beitritt wird die geschützten Bereiche der Wirtschaft ins offene Messer der europäischen Konkurrenz treiben. Die Rezession in den USA und die Talfahrt der deutschen Wirtschaft lassen die exportorientierte österreichische Wirtschaft zittern...

Doch halt! Natürlich kann den Unternehmern geholfen werden. 1. Die gewinnbringenden Teile der verstaatlichten werden (unter Wert) an private Besitzer verkauft. Die neuen Eigentümer (meist Banken oder große Konzerne) rationalisieren, kündigen Beschäftigte oder schließen ganze Betriebe - ohne Skrupel. Oder es werden Aktien über die Börse verhöckert wie bei der ÖMV oder der Energiewirtschaft. Dafür wurde uns 1991 der Strompreis zweimal erhöht. Die Verstaatlichten-Politik der Koalitionsregierung auf einen Punkt gebracht: Die Profite werden privatisiert und die Verluste verstaatlicht. Wir zahlen den Preis für die Profite der Unternehmer!

2. werden die Steuern für Reiche und Unternehmer reduziert oder abgeschafft - d.h. dann Steuerre-

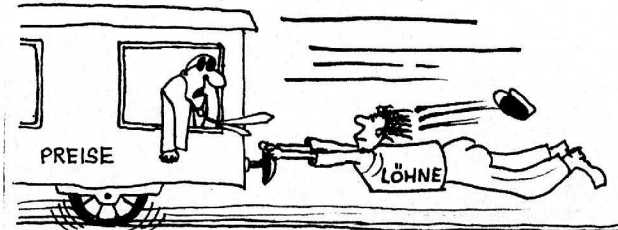
form. Auch wenn die Regierung uns immer einzureden versucht, daß die Arbeitnehmer auch von der Steuerreform profitieren. Betonung liegt auf "auch", denn die Unternehmer und Leute mit hohen Einkommen werden natürlich mehr entlastet - sie sollen ja investieren und noch mehr verdienen. Das wenige Geld von der Steuerreform wird uns dann durch Preiserhöhungen wieder abgenommen. Jetzt fordert die Industriellenvereinigung auch noch die Abschaffung der Einkommens- und Gewerbesteuer. Das wären ja "nur" ein paar Milliarden. Die Unternehmervertreter wollen dafür Sozialleistungen kürzen oder ein paar tausend Beamte kündigen.

3. soll (wie bereits begonnen) Eigentum der Republik oder von Gemeinden (wie Waldbesitz, Wohnhäuser, Denkmäler oder Schönbunn...) verkauft werden. Zusätzlich sollen Privatfirmen die Aufgaben der öffentlichen Hand übernehmen d.h. es werden Beschäftigte gekündigt und zu schlechteren Bedingungen vielleicht bei Privaten angestellt. Das hilft einerseits kleine Budgetlöcher der Regierung stopfen, andererseits haben die Unternehmer oder wohlhabende Leute mehr Besitz. Die Unternehmervertreter haben die Gewerkschaft aufgefordert, gefälligst nicht so viel Geld für die Arbeitnehmer zu fordern. Wieviel wird es nächstes Jahr sein? 3, 2 oder 1½? Sicher wird ein Reallohnverlust dabei herauskommen.

4. wissen die Unternehmer ja schon immer, wer schuld an einem eventuellen Profitrückgang ist?

"Natürlich die hohen Sozialabgaben." Man merke: Ihr Teil ist zu hoch, nicht derjenige der Arbeitnehmer. Also was wäre zu tun? Die Beiträge für die Sozialversicherung müßten erhöht werden. Für die Behandlung beim Arzt oder für Medikamente sollen die Leute gefälligst selbst zahlen. Arbeitslosengeld und Sozialbeihilfen sind zu hoch, "da geht ja keiner mehr arbeiten". Das ist die schwarzblaue Zukunft. Die unheilvolle Allianz von Unternehmern, Koalition, FPÖ und bürgerlicher Medien will die soziale Sicherheit der arbeitenden Bevölkerung weiter aushöhlen. Immer wieder suchen sie nach Sündenböcken, um die durch sie verursachten Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zu erklären. Zuerst sind es die "Sozial-schmarotzer", dann wieder die Arbeiter, die zuviel im Krankentstand sind, und diesmal die Studenten, die "zuwenig lernen" und Studiengebühren zahlen sollen. Den arbeitenden Menschen, den Studenten, Pensionisten und bedürftigen Menschen geht es an den Kragen. Einigen früher, einigen später. Wenn wir uns nicht wehren!

Der einzige Ausweg ist die Solidarität. Wir müssen den ÖGB stärken, damit wir unsere Interessen (höhere Löhne, soziale Sicherheit und genügend Arbeitsplätze) durchsetzen können. Nein zur Sparpolitik auf Kosten der Arbeitnehmer! Wenn die arbeitende Bevölkerung die Wirtschaft nicht übernimmt, wenn somit die privaten Unternehmer weiter alles in der Hand haben, werden wir ständig bedroht sein. Nichts ist sicher: kein Arbeitsplatz, keine Pension und keine Krankenbehandlung.



"He Sie da, schieben Sie doch nicht so!"



# Wiener-Wahl

Am 10. November 1991 fanden in Wien die Gemeinderats- und Bezirks-wahlen statt. Sie endeten mit dem schlechtesten Ergebnis für die SPÖ Wien in ihrer Geschichte.

In Wien steht vieles nicht zum Besten: Hunderttausend Wohnungen fehlen, Jugendarbeitslosigkeit, die Schulsituation, Privatisierungen... Vieles hat die SPÖ-Führung (im Interesse der Unternehmer) mitverschuldet. Die FPÖ griff einige dieser Probleme auf und bot ihre ausländerfeindlichen Scheinlösungen an. Sie gibt die Schuld für alle sozialen Probleme denen, die eigentlich am meisten davon betroffen sind - unseren ausländischen KollegInnen und lenken in Dienste des Kapitals von den Auswirkungen, die der Kapitalismus zwangsläufig mit sich bringt, ab.

Die SPÖ hätte mit einer sozialistischen Politik klar aufzeigen müssen, daß der Kampf um soziale Verbesserungen nur gemeinsam mit unseren ausländischen KollegInnen geführt werden kann. Stattdessen führte sie einen oberflächlichen Zirkel-bezogenen Wahlkampf, der oft dem ausländerfeindlichen Druck nachgab. Das es auch anders geht, bestätigte der Wahlausgang im 9. Bezirk. Dort trat der Spitzenkandidat der SPÖ im Wahlkampf offen für den Bau eines Asylantenwohnheimes im Bezirk ein. In diesem Bezirk war das Wahlergebnis für die SPÖ besser denn je. Ansonsten setzte sich der österreichweite Siegeszug der FPÖ gerade in den traditionellen Arbeiterbezirken fort. 42.500 enttäuschte SPÖ-Wähler gaben der FPÖ ihre Stimme. Doch wesentlich relevanter ist noch die Gruppe der Nichtwähler. Nicht weniger als 422.000 Menschen gingen wohl meist aus Protest gegen das herrschende System überhaupt nicht zur Wahl. Nicht durch Anpassung an Haider & CO. (siehe ÖVP, die auf Platz 3 verdrängt wurde), sondern nur durch sozialistische Antworten

Das Wahlergebnis:		
	Stimmen in %	Änderungen in %
SPÖ	47,81	-7,11
ÖVP	18,05	-10,35
FPÖ	22,54	+12,82
GL	9,08	+4,68
VÖL	1,82	+0,98
KPD	0,64	-1,08
SOS	0,06	+0,06
Beteiligung	65,42	+1,72

auf die bestehenden Probleme kann die SPÖ diese Frustrierten gewinnen. Ein erster Schritt, wäre eine klare Analyse der Niederlage.

## Unser Wahlkampf:

Es gibt verschiedene Arten, einen Wahlkampf zu führen. Die SPÖ setze in Wien anstatt auf Inhalte auf "moderne" Wahlkampfakt, auf Personewahlkampf und "unser Wien". Daß es auch anders gehen kann, versuchten einige Bezirkskader sozialistischen Jugend zu zeigen. So veranstaltete die SJ-5/6, SJ-9, SJ-20 und SJ-23 eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der SPÖ, der Grünen und der KJÖ-Junge Linke sowie dem Vorsitzenden der SJ-Wien zum Thema "Haider stoppen - aber wie".



Plakate mit politischen Forderungen zu den Themen Nulltarif, Ausländer und Wohnungsnot wurden von der Sozialistische Jugend Margareten produziert. Jeden Samstag gab

Doch obwohl die SPÖ gegenüber 1987 45.700 Stimmen abgeben mußte und die absolute Stimmenmehrheit nicht mehr halten konnte, wurde dies von der SP-Führung nicht auf eine falsche Politik zurückgeführt. Manchmal wurde der Stimmenverlust sogar einfach totgeschwiegen.

Die SPÖ muß in der laufenden Legislaturperiode durch eine sozialistische Politik beweisen, daß sie fähig ist, Wohnungen für alle zu schaffen, wirksam gegen die wachsende Arbeitslosigkeit usw. anzukämpfen und somit Haider & CO. als Lügner zu entlarven!

Alex Freil SJ 5/6

es einen Infotisch am Stephansplatz, wo wir über unsere Forderungen viele junge Leute ansprechen konnten. Dies hat die Zahl der SJ-Aktivisten enorm erhöht. Damit wurde das Argument, daß Jugendliche politisch nicht interessiert seien und mit politischen Forderungen kein Wahlkampf zu führen sei, gehörig widerlegt.

Mit einem sozialistischen Programm und entsprechenden Forderungen im Wahlkampf hätte sich die SPÖ nicht hinter schönen Plakaten mit halbherzigen Sprüchen verstecken

brauchen. Das Wahlergebnis wäre dann möglicherweise auch etwas günstiger ausgefallen.

Manuela Tesak SJ 5

## SPÖ: Demokratie intern?

Im Juni, am SPÖ-Reformparteitag in Linz wurde noch groß verkündet, daß sich die SPÖ öffnen wird, daß sich die SPÖ so ändern muß, daß sie auch noch in Zukunft Menschen ansprechen kann.

Doch, wie die Vorfälle in der SPÖ-Steiermark zeigen, ist vom Reformvorhaben nur die weitere Entfernung von den Grundsätzen geblieben. Möglichkeiten Kritik zu üben oder gar die Möglichkeit von parteiinterner Demokratie gibt es ebensowenig wie früher. Das mußte auch der nunmehr Ex-SPÖ-Steiermarksekretär Kurt Flecker zur Kenntnis nehmen.

Er wagte es die Partei zu kritisieren. Er ging sogar "so weit", Franz Vranitzky mangelnde Entscheidungskraft vorzuwerfen und zu behaupten, Vranitzky mache keine Politik, sondern er kommentiere sie bloß. Außerdem meinte er, was jeder der schon einmal in einem Parteigremium gesessen ist weiß, nämlich daß die SPÖ eine Langweilerpartei ist. Dem ÖGB sagte er nach, daß er seiner Schutzfunktion für die Arbeiter nur bruchstückhaft nachkomme und sich nur in Personalfragen engagiere. Kurz nachdem diese Aussagen als Interview erschienen, wurde er zurückgetreten. Vranitzky, der sonst immer Toleranz als einen seiner Grundwerte ausgibt, sah in Fleckers Rücktritt keine schiefe Optik. Offenbar geht die Toleranz nicht so weit, Kritik an der eigenen Person zu ertragen. Wenn die Parteiführung überhaupt keine Kritik zuläßt, wird sie kaum junge, politisch selbständig denkende Leute ansprechen können. Eine Partei, die auf Kadavergehorsam gegenüber ihrem Vorsitzenden aufgebaut ist, kann ja nur zu einer "Langweilerpartei" aus farblosen Ja-Sagern verkommen. Unsere Aufgabe als Marxisten in der SPÖ ist es, gegen die Unterdrückung jeglicher Kritik an der Parteipolitik aufzutreten.

Flecker verband seine Kritik mit der Forderung, daß sich die SPÖ

wieder stärker als eigene Partei profilieren soll. Diese Lehre hätte man eigentlich aus den letzten Wahlen ziehen sollen. Denn die Leute wollen klare Positionen hören. Wenn sich die Partei nicht mehr grundlegend von den anderen unterscheidet, wird sie nicht die sogenannten neuen Mittelschichten gewinnen, sondern - so wie jetzt - massiv Stammwähler verlieren. Und das kann keine erfolgreiche Taktik für die Zukunft sein. Auch Fleckers Aussage, daß die Partei als Produkt für den Wähler erkennbar sein muß, und nicht als Verein dem auch der Kanzler angehört, sollte man bedenken. Auch wenn die Partei kein Produkt ist, so ist es richtig, daß man auf die Dauer die Ideen- und Perspektivenlosigkeit der SPÖ nicht dadurch wettmachen kann, daß der "Supervranz" Parteivorsitzender ist.



Vranitzky: Kritik unerwünscht?

Langfristig arbeitet die SPÖ-Führung gegen die eigene Partei, wenn sie kritische Leute entmachtete oder hinausdrängt. Eine Partei, die ihren Mitgliedern und Funktionären nicht einmal erlaubt, auf Basis der Grundsätze Kritik zu üben und Wege zu zeigen, mit denen man glaubt, daß die Partei ihre Ziele besser oder überhaupt erreichen kann, verdient den Namen "demokratisch" nicht. Die Parteiführung erklärte im Umbenennungstaukel aber pausenlos, daß die SPÖ ja so sozial und demokratisch wäre.

Auch am Parteitag in Salzburg, der ganz im Zeichen der Parteiöffnung stand, handelte die Führung schizophren. Die Initiativanträge der SJ wurden nicht einmal behandelt, weswegen die SJ-Delegation den Parteitag verlassen hat. Das ganze Gerede von wegen Öffnung und mehr Mitspracherechten für die einzelnen Mitglieder erscheint angesichts solcher extrem bürokratischen und undemokratischen Vorgehensweisen mehr als lächerlich.

Wir werden als Marxisten in der SPÖ ungeachtet der bürokratischen Unterdrückung weiterhin die rechte Politik der Parteiführung anprangern und für mehr Parteidemokratie eintreten.

David Mum SJ 23

Will man den Staberls, den Portischs und den Rauschers der österreichischen Medien Glauben schenken, ist das kapitalistische System, das bei weitem Beste, das wir uns nur vorstellen können.

Durch effizientes Wirtschaften in der Marktwirtschaft wird nicht nur den Unternehmern sondern auch den Arbeitern ein Leben ohne größere Sorgen beschert. Nach dem Bankrott der stalinistischen Wirtschaftspolitik hätte man das ja schon fast glauben können. Aber den Kapitalisten gelingt es immer wieder, uns vom Gegenteil zu überzeugen.

Kleines Beispiel: 1991 stellten Österreichs Unternehmer einen neuen Negativrekord auf. Ganze 3324 (!) Privatunternehmen mußten in diesem "historischen" Jahr den Konkurs anmelden. (Wieviele den Ausgleich?) Das sind um 300 mehr als im Jahr zuvor. Nicht weniger als 14.500 Arbeitnehmer verloren dadurch ihren Arbeitsplatz. Prognosen zufolge wird es 1992 nur schlechter werden. Die schwächere Konjunktur sowie die verstärkte Konkurrenzsituation durch den angestrebten EG-Beitritt Österreichs werden noch mehr Unternehmen in die Pleite treiben. Und Arbeiter sollen einmal mehr für die Unfähigkeit dieses Systems bezahlen.

Gernot Trausmuth SJ-Sommerlin/NO

## ZERFALL DER SOWJETUNION

Vor nur zwei Jahren hatten die Massenbewegungen in den osteuropäischen Ländern begonnen. Der Stalinismus war in eine Sackgasse geraten. Unter dem Würgegriff der Bürokratie war die Planwirtschaft zur Mißwirtschaft geworden und begann Mitte der 80er Jahre zu stagnieren. Ein stalinistisches Regime nach dem anderen wurde gestürzt. Gorbatschow versuchte schon seit 1985 eine Revolution von unten durch Reformen von oben zu verhindern. Mit seiner Politik der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente trieb die sowjetische Wirtschaft in den Jahren 1990/91 noch schneller ins Chaos - die Produktion verringerte sich in diesen beiden Jahren um 18%.

Vor dem Hintergrund der instabilen Lage spaltete sich die Bürokratie. Gorbatschow stützte sich das 1. Mal auf die sogenannten Reformer, das andere Mal auf die Konservativen. Doch nationale Unabhängigkeitsbestrebungen unterhöhlten die Macht der Kreml-Bürokratie. Der Reformflügel hatte seine Stellung bis zum Zeitpunkt des Putsches immer mehr ausgebaut. Den wachsenden Unmut der Bevölkerung mit der Politik Gorbatschows und gegen die sowjetische Zentralmacht nutzte Jelzin geschickt aus. Er heizte die russisch-nationalistische Stimmung an und ließ sich mit dem Image des Anti-Bürokraten und Demokraten zum Präsidenten der Republik Rußland wählen. In dieser Position weitete er seine Machtbefugnisse aus, was die Macht der alten Zentralbürokratie bedrohte. Wenige Tage bevor der neue Unionsvertrag verabschiedet werden sollte, der die Republik-Bürokraten noch unabhängiger von der Moskauer Bürokratie machen sollte, handelten die Konservativen schließlich. Auch sie wollten nicht die Planwirtschaft verteidigen, sondern zum Erhalt von Macht und Privilegien die Marktwirtschaft unter ihrer Kontrolle einführen.

Deshalb reagierten die westlichen Regierungen auch am 1. Tag verhalten

auf den Machtwechsel im Kreml. Sie hätten auch sehr gut mit den Putschisten leben können. Doch dann schwenkten sie schnell dazu über, den Sieger Boris Jelzin als Volkshelden und Demokraten hochzubühnen. Doch schon im November 1991 sank sein Ansehen um 30%, schneller als bei Gorbatschow zuvor. Seine Politik der schnellen Einführung des Kapitalismus bedeutete das Gegenteil von wachsendem Wohlstand. Privatisierungen von Betrieben werden, wie schon jetzt in den anderen osteuropäischen Ländern Massenarbeitslosigkeit bedeuten. Auch wenn zur Zeit viele Menschen in der ehemaligen UdSSR Illusionen in die Marktwirtschaft haben, werden die konkreten Folgen auf den Widerstand der Arbeiterklasse stoßen und zu Streiks und Demonstrationen führen. Daher hat der angebliche Demokrat Jelzin schon einmal Vorsorge getroffen. Den Haß der Bevölkerung gegen die alten Stalinisten nutzte er nicht nur, um die KPdSU zu verbieten (in der auch er seine Karriere gemacht hat), sondern auch, um die Möglichkeiten für Arbeiter, sich in den Betrieben zu organisieren, zu beschränken. So will er sich nicht nur selbst vor den Protesten der Arbeiter schützen, sondern auch für westliche Unternehmer die Investitionen schmackhaft machen.

### Zerfall der Sowjetunion

Der Zerfall der Sowjetunion wurde durch das Scheitern des Putsches beschleunigt. Ende des Jahres erfolgten die Unabhängigkeitserklärungen der Republiken und die historische Entscheidung über die Auflösung der Sowjetunion zum Jahresende. Es wurde deutlich, welche Konflikte in der Zukunft zu erwarten sind. Jelzin versucht als Führer der größten Republik der GUS, Militär- und Zentralgewalt an Rußland (d.h. vor allem an sich selbst zu übergeben). Daraufhin gab es Demonstrationen in der Ukraine.

Doch ist Jelzin auf Probleme gestoßen, die es nicht so einfach machen, die Vorherrschaft zu übernehmen. Da in der Sowjetunion die verschiedenen Wirtschaftszweige auf die Republiken verteilt wurden, besteht auch eine Abhängigkeit Rußlands z.B. vom Getreide der Ukraine. Die Republikführer Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands versuchen wegen der gegenseitigen Abhängigkeit nun, ein neues Bündnis einzugehen. Doch gleichzeitig sehen wir, wie die Herrscher der Einzelrepubliken auf die nationalistische Karte setzen.

### Marktwirtschaft bringt Armut

Die Lage ist wirtschaftlich und politisch instabil. Daher sind neue Putschversuche möglich. Auch Jelzins Herrschaft ist nicht sicher. Konservative Kräfte in der russischen Bürokratie äußern offen ihre Unzufriedenheit mit Jelzin. An der Versorgungslage hat sich nach der Preisfreigabe nichts geändert. Die Regale sind fast leer, nur die Preise haben sich drastisch erhöht: Brot x3, Kohle/Erdböl x5... 200g Butter kosten 10% eines Monatslohns. Das deutsche Fernsehen kommentierte: "Wenn die Menschen nichts zu essen kriegen, werden sie auch bald von der Marktwirtschaft genug haben."

Das Abrutschen der Gesellschaft in den wirtschaftlichen Abgrund und die Gefahren des Nationalismus, wie sie sich in Jugoslawien bereits "im kleinen Maßstab" zeigen, stellen die Arbeiterklasse vor gleichen Aufgaben: Aufbau von unabhängigen Gewerkschaften und einer Arbeiterpartei, die sich gegen die nationalistischen Spaltungsversuche stellen und sowohl gegen die Herrschaft der Bürokraten als auch gegen die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft kämpfen. Kontrolle und demokratische Planung der Wirtschaft durch die Arbeiter selbst sind der einzige Ausweg aus Chaos und Barbarei. John Evers SJ 5

## GEMEINSAM GEGEN RECHTS

"Ausländer raus, Scheiss Kanaken, Ein Herz für Inländer,...." man muß schon lange nicht mehr ins (wieder-vereinigte) Deutschland Schönhubers oder ins Frankreich Le Pens fahren, um ausländerfeindliche und rassistische Sprüche an den Wänden zu finden.

Auch Jugendgruppen mit eindeutig rassistischem Hintergrund wie die Hooligans werden stärker. Und wer schon einmal miterlebt hat, was passiert, wenn in bestimmten Wiener Vierteln Ausländer in den Bus einsteigen, kennt die Situation. Es ist eindeutig zu bemerken, daß rassistisches Gedankengut nicht nur bei Randgruppen, sondern in einem großen Teil der Bevölkerung wieder salonfähig wird.

Warum gerade jetzt? Ist wirklich nur Jörg Haider daran schuld - oder ist es nicht vielmehr genau diese Stimmung, die HJ nach oben gebracht hat? Oder haben die Österreicher nun einmal eine "faschistische Mentalität", wie viele Linke sagen? Nun, in fast allen europäischen Ländern werden derzeit die Faschisten wieder stärker. Und auch der geschichtliche Hinweis auf das Dritte Reich zieht nicht. Was ist mit Mussolini Italien, mit Vichy Frankreich, mit dem Spanien von General Franco?

Es muß also an etwas anderem liegen. Der Rassismus ist nicht etwas, das abgehoben von äußeren Umständen mal stärker wird und dann wieder verschwindet. Der Rassismus ist abhängig von der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage eines Landes. In den letzten Jahren verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in den westlichen Industrieländern für die

arbeitenden Menschen gewaltig, auf der anderen Seite steigen und steigen die Unternehmergewinne. Es gibt auch wieder vermehrt Kündigungen, jüngstes Beispiel: die Verstaatlichte Industrie, wo insgesamt mehrere tausend Arbeiter "freigesetzt" wurden.

kischer, jugoslawischer,... auch. Ein österreichischer Unternehmer will möglichst viel Profit erwirtschaften, und der geht immer zu Lasten der Arbeitnehmer. Ein türkischer, jugoslawischer,... Boss auch. Und genau um das zu ver-schleiern, braucht das herrschende

Alltag in Wien:  
Nazi-Sprüche  
an den Wänden



Und genau hier setzt die Funktion des Rassismus ein. Damit die Arbeiter nicht merken, daß es die Bosse sind, die schmarotzen, bietet man ihnen einen Südenbock. "Die Ausländer sind schuld!"

Daß unsere ausländischen Kollegen Arbeit annehmen müssen, die die meisten Österreicher kaum machen würden, daß sie in kleinen Löchern zu überhöhten Preisen hausen, ja nicht einmal in dem Land wo sie leben und Steuern zahlen, wählen dürfen, wird nicht erwähnt. Es wird bewußt versucht, ausländische und inländische Arbeitnehmer zu spalten. Dabei hat ein österreichischer Arbeitnehmer vielmehr mit seinem türkischen oder jugoslawischen Kollegen gemeinsam, als mit seinem Boss. Ein österreichischer Arbeiter will einen möglichst hohen Lebensstandard mit möglichst geringer Arbeitszeit erreichen, ein tür-

Gesellschaftssystem -der Kapitalismus - den Rassismus und alle daraus folgenden Begleiterscheinungen.

Zu diesen Begleiterscheinungen gehören z.B. kleine faschistische Parteien, wie die VAPÖ (Volkstreue außerparlamentarische Opposition) mit ihrem Führer Küssel oder auch Schlägerbanden wie die Skinheads. Sie kommen dem Kapital nicht ungelegen, denn man kann sie gegen Linke, Ausländer und Gewerkschafter einsetzen.

Doch hin und wieder werden sie, wie derzeit in Deutschland auch, wieder zurückgepfiffen (siehe diverse Ausgaben der BILD - Zeitung über arme Asylanten). Denn zum einen brauchen die westlichen Industrieländer "Gastarbeiter", um die Produktion aufrecht zu erhalten, und zum anderen bringen so brutale Übergriffe, wie es sie in den letzten Monaten in Deutschland



gab, auch eine starke Gegenbewegung. So gab es in den letzten Monaten anti-rassistische Demonstrationen, an denen hundertaufende teilnahmen. Und nicht zuletzt spielt natürlich auch mit, daß andauernde Unruhen und Übergriffe nicht gerade dazu beitragen, die Investitionsfreudigkeit ausländischer Unternehmer zu erhöhen.

Aber der Hauptgrund ist, daß die Bosse derzeit keine starke faschistische Bewegung, so wie in den 30er Jahren nötig haben. Damals gab es, um die Arbeiter ruhig zu halten,

keine andere Möglichkeit, als auf die Faschisten zu setzen, und sie zu finanzieren. Aber auch wenn keine unmittelbare Gefahr der Machtübernahme einer faschistischen Partei besteht, stellen die Faschisten eine große Bedrohung für die Arbeiterbewegung dar. Größere Kämpfe, in denen klar wird, daß die Grenze in der Gesellschaft nicht zwischen Ausländern und Österreichern, sondern zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen verläuft, können die Nazis und Rassismus zurückdrängen.

Heute ist es bequemer für die Bosse, in Form der "bürgerlichen Demokratie" zu regieren. Nur darf uns das nicht darüber hinwegtäuschen, daß Faschismus und Rassismus auf der einen Seite und bürgerliche Demokratie auf der anderen Seite, Kinder desselben Systems sind: des Kapitalismus. Und nur, wenn wir dieses System bekämpfen und überwinden, können wir den Rassismus besiegen.

Michi Bonvalot SJ 5

## Italien

Seit Jahren versuchen die Arbeiter und Jugendlichen in allen großen Städten, an den Stadträndern in den Arbeitervierteln, in einer unmöglichen Lage zu überleben.

Jedes Jahr kürzt die Regierung die Gelder an die Gemeinden. So gibt es nur mehr wenig Möglichkeiten, in den sozialen Wohnbau und das Transportwesen zu investieren. Dazu sind die Flüchtlinge (aus dem Süden) gekommen. Nun haben viele nicht einmal die Möglichkeit, in richtigen Häusern zu leben. Deshalb bauen sie sich Hütten oder sie wohnen in alten, demontierten Häusern oder leeren Betrieben.

Am Anfang hatten viele von ihnen eine richtige Arbeit, aber jetzt müssen die meisten wegen der hohen Arbeitslosigkeit Zigaretten verkaufen oder Auto-Fenster putzen.

Lange Zeit haben Regierung und Gemeinden die Augen vor all diesen Problemen verschlossen - und nun sind die Probleme immer größer geworden.

Die Wut der Arbeiter wird immer größer. Sie sehen, daß sie während ihres ganzen Lebens Steuern gezahlt haben, um eine Wohnung zu bekommen. Die haben sie aber nicht bekommen und so mußten sie eine Wohnung kaufen, alle Ersparnisse ausgeben und bei der Bank Schulden machen. Sie sehen das und sie sehen, daß ihre Söhne und Töchter immer mehr Schwierigkeiten haben, einen Job zu finden. Langsam beginnen die Leute zu denken: "Wenn es schon für uns

so viele Probleme gibt, wie können wir uns da noch um die Asylanten kümmern?"

Die "Lega Lombarda" (italienische rechtspopulistische Partei) nutzt diese Wut. Aber ihre sehr demagogische Propaganda ist viel konkreter als die "Solidarität" der "Anti-Rassistischen-Bewegung".

Das ist der Punkt. Die Demonstrationen sind nicht genug. Wir müssen den Leuten sagen, daß es z.B. in Mailand wegen der Spekulanten 60.000 leere Wohnungen gibt. Wenn wir keine Wohnungen finden, sind nicht die Asylanten schuld, sondern jene Leute, die auf unsere Kosten Gewinne machen.

Ein konkretes Programm für einen einheitlichen Kampf von Italienern und Ausländern für Wohnungen und mehr Geld von den Gemeinden ist der einzige Weg, um diese Flucht in Richtung Rassismus zu stoppen. Denn wenn die Arbeiter denken, daß die Asylanten die Feinde sind, können sich die Spekulanten und die Regierung weiter freuen.

Die Probleme der Gastarbeiter und der italienischen Arbeiter sind die gleichen. Die Gewerkschaften, die PDS (Partei der Demokratischen Linken - gewendete KPI) und die Partei RC (wiedergegründete kommunistische Partei) müssen aufhören, nur über Solidarität zu sprechen und müssen einen richtigen Kampf mit konkreten Forderungen vorbereiten. So können wir die Lega Lombarda stoppen.

Eine Mitarbeiterin der marxistischen Zeitung "Falce Martello" aus Mailand

## Salzburg

Salzburgs politische Szenerie (von einem kurzem Aufschrecken während des Golfkrieges abgesehen) friedlich vor sich hin. Neonazis mochte es vielleicht in Linz, Wien oder sonstwo geben; in Salzburg, und da war sich Mensch sicher, nicht.

Dies erwies sich als schwerwiegender Fehlschluß. Still und heimlich braute sich etwas zusammen. Der schon seit längerem existente "Gau" der VAPÖ, der bis dato bedeutungslos war, begann sich zu vergrößern. (Nach Schätzungen hat die VAPÖ in Salzburg einen "harten" Kern von 30-40 Personen) Damit gibt es erstmals seit längerer Zeit eine zahlenmäßig starke gut organisierte Neonazigruppe in Salzburg. Um die VAPÖ sammeln sich ein Grüppchen von Skins, die sich momentan gezielt bemühen, Streit mit jeder/jedem anzuzetteln, die/der irgendwie links aussieht. Bis jetzt gingen die Linken im allgemeinen direkten Auseinandersetzungen aus dem Weg, doch der Punkt ist nahe, an dem sich diese nicht mehr verneiden lassen werden. Deshalb sind viele Salzburger Linksruppen damit beschäftigt, eine funktionierende Antifa-Gruppe zu gründen. In Ansätzen funktioniert diese bereits, aber es gibt noch viel zu tun. Packen wir's an!

Stefan Moser AKS Salzburg

## Deutschland

Deutschland, ein Land der Gegensätze, ein Land des Wachstums. Während in Frankreich hundertaufende Arbeiter gegen die Landwirtschafts- und Gesundheitspolitik der "sozialistischen" Mitterand-Regierung protestieren, während in Italien 10 Millionen Arbeiter gegen den Kürzungshaushalt streiken, sucht die Deutsche konservativ-liberale Bundesregierung nach einem neuen Thema, um von Problemen wie Wirtschaftskrise und steigender Arbeitslosigkeit abzulenken. Und sie fand eines: Das Asylanten-"problem".

Allerdings, die Anzahl der politisch Verfolgten, die in der BRD Schutz suchen, entspricht 0,2% der Gesamtbevölkerung. Welch ein Problem für einen der drei reichsten Staaten dieser Welt!

Nicht zuletzt die ausländerfeindliche Politik der CDU führte zu einem Höhepunkt der Angriffe auf Ausländer: Um den 3. Oktober 1991 (dem Jahrestag der deutschen Einheit) kam es zu Angriffen auf Asylantenwohnheime. Allein in einer Nacht wurden 30 Angriffe rechtsradikaler gezählt, mit vielen Verletzten, einigen Toten. Aber es sind nicht nur eingefleischte Neonazis. Vorwiegend in Ostdeutschland lebende Jugendliche, arbeitslos, perspektivlos stehen sie vor ihren alten Jugendzentren, FDJ-Clubs, die geschlossen sind, weil der Staat kein Geld für die Jugendlichen hat. Die große Freiheit ist auch nicht mehr das, was sie mal war oder zu sein schien. "Freiheit und Marktwirtschaft" haben sich die meisten anders vorgestellt!

Und dann kommen ein paar Weissis mit Lösungen, mit "einfachen Lösungen". "Die Ausländer sind an allem Schuld!" Die einen denken darüber nach und kommen zu dem Schluß: NEIN! Die Unternehmen machen Profite, die Bonzen leben gut, und wir und unsere ausländischen Kollegen stehen auf der Straße.

Andere glauben an die "einfache", von vielen Seiten vorgesezte,

Lösung - und greifen das nächstgelegene Asylantenheim an. Und die Faschos und Unternehmer lachen sich ins Fäustchen...

Die CDU hat es geschafft: Alle reden von den Flüchtlingen. Und beständig gibt es neue Versuche der Konservativen, das Asylrecht aus dem Grundgesetz, der deutschen "Verfassung", herauszustreichen.

Großdemonstration in Berlin gegen Ausländerfeindlichkeit  
"Solidarität" - den Worten müssen Taten folgen!



Aber auch unsere SPD-Führung tritt nicht gegen Ausländerfeindlichkeit auf, ganz im Gegenteil: In Bremen, einer traditionellen Sozialdemokratischen Hochburg, wurde der Landtagswahlkampf so ausländerfeindlich geführt, daß viele nicht wählen gegangen sind und für andere die rechtsextreme DVU (Deutsche Volksunion) salonfähig wurde. Sie schaffte den Sprung über die 5%-Hürde und kam somit in den Landtag.

In Baden-Württemberg gab der SPD-Landesvorstand in Hinblick auf den Landtagswahlkampf ein Flugblatt mit einer Auflage von 80.000 Stück heraus. In diesem wird die CDU beschuldigt, "den Ausländerzustrom uneingeschränkt aufrechterhalten" zu wollen. "Mit dem Konzept der SPD kann die Zuwanderung um mehr als die Hälfte gesenkt werden. (...) Die CDU-Vorschläge erreichen dagegen nur eine Verringerung des Zuwanderungsproblems um 3%." Und weiter heißt es zur Begründung: "Die SPD-Baden-Württemberg will die Zuwanderung insgesamt drastisch

einschränken, weil wir sonst mit der katastrophalen Wohnungsnot nicht fertig werden."

Daß es eine enorme Not an billigen Wohnungen gibt, ist unbestritten (kenne ich aus eigener Erfahrung). Es fehlen 2,5 Millionen erswingliche Wohnungen. Die Aufgabe der SPD wäre es allerdings, die wirklichen Verursacher anzugreifen. Die konservativ-liberale Bundesregierung stoppte 1985 jeglichen von ihr geförderten sozialen Wohnungsbau. Und das müssen wir jetzt ausbaden.

Die Stuttgarter SPD-Basis hat prompt reagiert. Einige Ortsvereine weigerten sich, das Flugblatt zu verteilen. Die Jusos und der Schülererrat (sozialistische Schülergewerkschaft) organisierten eine Großdemonstration mit 10.000 Teilnehmern mit.

In Bremerhaven schützten marxistische Jusos gemeinsam mit einigen Autonomen ein Asylantenheim vor einem Überfall. Aber ihnen war gleichzeitig klar, daß dies langfristig kein geeignetes Mittel ist, gegen Rassismus und Faschismus vorzugehen.

SPD und Gewerkschaften haben eine Kampagne für "mehr Toleranz gegenüber Ausländern" gestartet. Aber Toleranz ist nicht genug. Weder Werbekampagnen noch moralische Appelle, sondern nur der gemeinsame Kampf in SP und Gewerkschaften um soziale Errungenschaften kann den Rassismus wirksam bekämpfen.

Sven Hilberth Jungsozialist und Unterstützer der marxistischen Zeitung Voran aus Frankfurt/Main

## Frankreich

Le Pen trommelt

Der Vormarsch der "Front National" (FN) ist derzeit das markanteste Ereignis der französischen Entwicklung. Le Pens Rechtsradikale sind in mehreren Städten zur relativ stärksten Rechtspartei geworden, stellenweise überhaupt die relativ stärkste Partei.

Die FN steht somit zahlenmäßig gleichwertig neben den beiden herkömmlichen Rechtsparteien, der neogaullistischen Chirac-Partei RPR (Rassemblement pour la République) und der liberal-konservativen UDF (Union Pour la Démocratie Française) unter der Führung Giscard d'Estaings. Das labile Bündnis zwischen diesen beiden bürgerlichen Kräften ist vom Vorstoß der FN schwer erschüttert und in mehreren Provinzen zerbrochen.

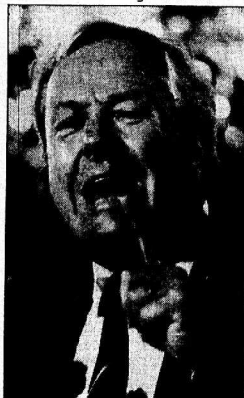
Die rechten Flügel der RPR wie auch der UDF befürworten offen ein Bündnis mit Le Pen. Absprachen und Vereinbarungen zwischen Rechtskonservativen und Rechtsradikalen wurden bereits in mehreren Provinzlandtagen geschlossen, in zahlreichen Rathäusern verwirklicht und werden nun auf gesamtfranzösischer Ebene erwogen.

Le Pen verfolgt und beschleunigt diese Entwicklung mit großem Selbstbewußtsein. Er ist ein gewiegter Politiker mit bemerkenswerter Intelligenz, großem Geschick und unerbittlicher Konsequenz. Er proklamiert unverblümt sein strategisches Ziel, in Frankreich die Macht zu ergreifen und auf durchaus legalem Weg nicht nur parlamentarische Mehrheiten zu erobern, sondern bei nächster Gelegenheit auch in einer Elysee-Stichwahl zum Staatspräsidenten gewählt zu werden.

Auf dem Weg dahin kombiniert er zwei Taktiken, die einander ergänzen: Rechtsopposition und Rechtskoalition. Er übt harte Rechtsopposition innerhalb und außerhalb des Parlaments, verschmäht jedoch keineswegs Koalitionen in mehreren Landtagen und Rathäusern mit dem

rechten Flügel des Bürgerblocks, der ihm weitgehend entgegenkommt. Wesentlich dabei ist, daß die bürgerlichen Parteien von "lepenistischen" Vorstellungen bereits weitgehend infiziert und durchdrungen sind. Einige rechtskonservative Politiker sind bereits zur FN übergetreten. Mit weiteren Übertritten wird bei zunehmendem Zerfall der UDF und RPR gerechnet.

Kann Le Pen also tatsächlich demnächst ganz legal Frankreichs Staatspräsident werden? Das französische Wahlgesetz ist so, daß auch ein Einzelgänger in der Volkswahl für das höchste Amt im Staat siegen kann. Es genügt, daß Le Pen beispielsweise im ersten Umengang seine Rechtsrivalen mit wenigen Stimmen überundet. Beispielsweise Giscard 18%, Chirac 20%, Le Pen 20,1%, um in der darauffolgenden Stichwahl als einziger übriggebliebener Rechtskandidat gegen den Linkskandidaten zu gewinnen.



Le Pen: Will er Präsident werden?

Darauf steuert Le Pen jetzt mit Volldampf hin. Die herkömmlichen Parteien von links oder rechts beginnen das ernstzunehmen und sind im Zwiespalt. Die gemäßigten Rechtsparteien schwanken zwischen

Distanzierung und Paktieren mit dem Teufel. Sie suchen einen bürgerlichen Einheitskandidaten schon für den ersten Umengang, die politischen und persönlichen Rivalitäten zwischen den Bürgerblockspitzen sind aber zu groß für Verständigung. Die Parteien der Linken und Mitte sind bis jetzt in der Defensive. Frankreich steht vor ersten Kraftproben und folgenschweren Entscheidungen.

Georg Scheuer Paris

In den 80er Jahren gab es massive Angriffe der französischen Kapitalisten auf die Arbeiterklasse. Die Sozialistische Partei (die die Regierung stellt) vertritt seit Jahren (nachdem sie Anfang der 80er noch Verstaatlichungen forderte) rigorosen Sozialabbau. Die Kommunistische Partei (KPF) hat sich durch ihren stalinistischen Kurs selbst ins politische Qut befördert. Erst durch die Unfähigkeit von SP und KP, Lösungen auf Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot anzubieten, konnte die Front National erstarken. Doch es gibt hunderte Tausende Arbeiter und Jugendliche, die bereit sind, gegen FN und Kapital zu kämpfen. (wie die Stärke der Antirassismus-Organisation (SOS-Rassismus) und die immer wiederkehrenden Streiks und Demonstrationen zeigen.) Mit einer offensiven sozialistischen Politik könnten SP und KP diesen Kampf organisieren und der FN den politischen und sozialen Boden entziehen.

### INTERNATIONALE NOTIZEN

**Belgien:** Bei den letzten Wahlen steigerte sich der rechtsextreme "Vlaams Blok" von 2 auf 12 Mandate. Die von Marxisten gegründete Organisation "BLOKBUSTERS" kämpft mit einem sozialistischen Programm gegen die stärker werdenden Rechtsextremen.

**Schweden:** Die Schwesterzeitung von VORWÄRTS "OFFENSIV" organisierte eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmern in Stockholm, die einen jährlich stattfindenden Faschisten-aufmarsch erfolgreich verhinderte.

## Einweg ohne Ausweg

Daß der Müllberg, und vor allem der Verpackungsmüll ständig zunimmt, ist eine bekannte Tatsache. Die Mehrwegverpackungen werden zugunsten der Einwegverpackungen zurückgedrängt, was den Müllberg noch zusätzlich vergrößert.

Eine Verordnung des Umweltministeriums sollte dieser Entwicklung entgegenwirken. Sie sieht vor, daß der Anteil an Wiederverwendung gesteigert werden muß. Wiederverwendung heißt aber in diesem Fall nicht automatisch, daß etwas tatsächlich wieder verwendet wird, sondern auch "umweltgerechte Verwertung". Darunter kann man eventuell auch Verbrennung verstehen. Diese Maßnahme führt also - gar nicht im Sinne des Umweltschutzes - zu einer Steigerung der Einwegverpackungen und damit zu mehr Müll.

Mit Hilfe dieser Verordnung spielt sich nun die Verpackungsindustrie als Umweltschützer auf. Sie gründete die ARGEV (Arbeitsgemeinschaft Verpackung), die nun für die "Wiederverwertung" der Einwegverpackungen sorgen soll.

Der Konsument muß nun einen Verwertungsbeitrag von 30 Groschen bzw. 1 Schilling je Verpackung zahlen. Von diesem Geld sollen zur Gänze die Kosten des Sammel-systems (z. B. Container) gedeckt werden.

Als Kennzeichen für die Einwegverpackungen hat die ARGEV ein

eigenes Symbol entwickelt, das an alle Mitglieder der Mülloby vergeben werden soll. Dieses Zeichen suggeriert dem Konsumenten, daß die Verpackungen wieder recycelt werden. Dies ist aber nur zu einem relativ niedrigen Prozentsatz möglich. Der Konsument wird also total irregeführt. So ein Zeichen dürfte eigentlich nur dann verwendet werden, wenn hohe Wiederverwertungs-raten erzielt werden, was aber nur bei Pfandsystemen gelingt. Mit diesem Üko-Schmäh werden Einwegverpackungen als akzeptabel dargestellt und es besteht die Gefahr, daß sich die Zahl dieser Verpackungen erhöht.

Die ARGEV rechnet mit Einnahmen von zunächst 40-50 Millionen pro Jahr, die 1992 auf 500 Millionen Schilling steigen sollen. Während die Getränkeindustrie und der Handel (mit Ausnahme des Konsum) bei der Erhöhung der Preise ganz flott unterwegs sind, funktioniert das Sammeln noch nicht so ganz. In einigen Bezirken Wiens wurden von der Marktbeobachtungsgruppe der Arbeiterkammer die Entsorgungsmöglichkeiten für jene Getränkegebinde erhoben, wofür der Konsument bereits seit September den Verwertungsbeitrag zahlen muß. Das Ergebnis: 2 Sammelcontainer auf 7 Planquadraten. Man muß also durch halb Wien irren, um einen Sammelcontainer der ARGEV zu finden.

Somit hat also der Handel und die Getränkeindustrie alle Last dem Konsumenten aufgebürdet. Er muß mehr zahlen, mehr sammeln und in eine eigene neue Sammlungslinie entsorgen.

Dieses von den bürgerlichen Medien (z. B. Krone: Serie "Der Ausweg für den Einweg") so hochgelobte Recyclingsprogramm ist in jeder Hinsicht fraglich. Beispielsweise sollen aus den Abfällen von PET-Flaschen so dringend benötigte Produkte wie Gartenzweige und Parkbänke erzeugt werden.

Statt das bereits bestehende Mehrwegsystem auszubauen, wird von

...Nachher



Industrie und Handel das für sie natürlich einfachere Einwegs-system auf Kosten des Konsumenten finanziert. Die ohnehin schon belastete Umwelt wird also doppelt belastet: bei Produktion und Entsorgung.

Die Produzenten des Müllberges schmücken sich nun sozusagen mit einem grünen Maschert, um für ihr Vergehen nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden. Sie, die eigentlichen Verursacher des ganzen Dicks, verdienen sich einen goldenen Hintern daran und müssen nicht einen Schilling für die bestehenden Kosten aufbringen.

Wir SozialistInnen fordern das sofortige Verbot von Einweggebinden. Die Kosten für die Entsorgung dürfen nicht von Lohnabhängigen getragen werden, sondern von denjenigen, die den Mist produzieren.

Weiters fordern wir, daß Unternehmer, die gegen Umweltgesetze verstoßen, konsequent enteignet werden. Denn die bisherigen Strafen für Umweltvergehen sind lächerlich. Denn wir müssen unsere Umwelt vor den Unternehmern schützen!

Andrea Mautner SJ 20



Für eine starke sozialistische Arbeiterpresse Unterstützt VORWÄRTS

Fotos: Andreas Lepsi/Michael Temper



Vorher...



# GRÜN ALLEIN IST NICHT GENUG

Bei den Wiener Landtags- und Bezirksratswahlen am 10.11.1991 stieg nicht nur die Wiener FPÖ mit einem Plus von 12,5 % (insgesamt 22,5% der gültig abgegebenen Stimmen bei der Gemeinderatswahl) als eindeutiger Sieger aus, auch die Grüne Alternative (GA) konnte einen Zuwachs von 4,5% verzeichnen; sie erhielten 9%.

Damit gelang ihr der Einzug ins Rathaus mit 7 Mandaten. In den bürgerlichen und typischen "Studenten"-Bezirken konnte sie bei den Bezirksvertretungswahlen ein noch viel besseres Ergebnis verzeichnen. In der Josefstadt und in Mariahilf erlangte sie über 14% und ist nun mit 6 Mandaten im Bezirksrat vertreten. In Neubau gelang es ihr gar, mit 20% die FPÖ zu schlagen und 8 Bezirksräte zu stellen (dagegen FPÖ: 17 % und 7 Bezirksräte).

Wie die Statistiken zeigen, wählen vorwiegend Jugendliche die Grünen; unter den Studenten erlangten sie sogar die absolute Mehrheit. Fortschrittliche Jugendliche, die politisch aktiv sein wollen, werden durch die Strukturen der Grünen angezogen. Auch Nicht-Mitglieder können z.B. bei Wahlen oder Programmstellungen mitsprechen. Spitzenpolitiker erhalten keine "gewohnten" Privilegien. Sicher spielt auch das jugendliche Auftreten grüner Politiker eine Rolle. Die radikalen Forderungen zum Umweltschutz erscheinen für die österreichische Politik durchaus unkonventionell. Gerade die Anti-FPÖ-Haltung und ihr Programm zur Ausländerfrage haben den Grünen bei der Wiener Wahl die Stimmen vieler jugendlicher gebracht. Darauf will die GA auch prompt reagieren:

mit der Gründung einer Grünen Jugend- und Schülerorganisation.

Die SPÖ entpuppte sich dagegen nicht nur bei der Wiener Wahl durch den Verlust der absoluten Stimmenmehrheit mit einem Minus von 7% der abgegebenen Stimmen und 10 Mandaten - nur mehr 47% der Wiener Wählerinnen und Wähler blieben ihr "treu" - als eindeutiger Verlierer. Statistiken zufolge wurde unsere Partei vor allem von Pensionisten gewählt. Junge kritische Menschen dagegen empfinden die Anbiederung an die bürgerlichen Parteien und die immer rechttere Politik als abschreckend.

Hörst Du die Basis murren, Pilz?



Der Grund dafür ist sicherlich im Versagen der SP-Politiker, vor allem im Umwelt- und Sozialbereich, zu suchen: Auch wenn sich die SPÖ-Führung in letzter Zeit genau wie auch bürgerliche Parteien mit "grünen Federn" schmückt, ein eigenes Umweltbüro etc. eingerichtet hat, vor allem ihre Positionen zu Zwettendorf, Hainburg und der Freudenau zeigten, daß der Parteilspitze die Interessen der Wirtschaft wichtiger sind. Ist die GA also eine wirkliche Alternative?

In ihrem Programm ("Impuls Grün,

Leitlinien Grüner Politik") haben die Grünen zwar richtig erkannt, daß "Entmündigung im Arbeitsleben die Folge betrieblicher Herrschaftsinteressen" ist. Welche Konsequenzen ziehen sie aber daraus? "Nur unter dem Primat der Politik kann von einer ökologischen Modernisierung der Produktion innerhalb des kapitalistischen Systems gesprochen werden.... Ein neuer, globaler und konsistenter Gesellschaftsentwurf, der an die Kraft des Sozialismus heranreicht, ist nicht in Sicht und angesichts der totalitären Neigungen auch

nicht wünschenswert", heißt es da weiter im "Grünen Programm". (Abgesehen davon, daß dieser Text schwer verständlich ist, stimmen wir auch inhaltlich nicht überein.)

Während wir Marxisten den Standpunkt vertreten, daß im kapitalistischen System lediglich Übergangsforderungen gestellt werden können, daß Umwelt- und Sozialfragen jedoch nur wirklich durch die Überwindung des Kapitalismus gelöst werden können, wird im Programm der Grünen nirgendwo die Überwindung des Kapitalismus als Ziel angestrebt.

Solange jedoch die Unternehmer ihre Fabriken alleine verwalten und kontrollieren, werden sie stets danach trachten, möglichst billig und effizient, jedoch niemals möglichst umweltfreundlich zu produzieren. Solange es Arbeitnehmer und Arbeitgeber gibt, werden die Arbeitgeber stets bestrebt sein, daß die Löhne möglichst gering sind (und ihr Profit daher möglichst hoch ist). Freilich stellen wir auch innerhalb des kapitalistischen Systems Forderungen wie rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, Mindestlohn von öS 12.000,- etc. und setzen uns zum Ziel, diese in Arbeiterparteien und Gewerkschaften zu erkämpfen und durchzusetzen. Letztlich kann unser Ziel jedoch nur die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit allen Konsequenzen sein!

Auch zeigte sich vor allem im Wahlkampf für die Wiener Gemeinderatswahl deutlich, daß die GA, die "aus Bewegungen kommt und sich auf sie stützen wird" (Franz Floss), immer mehr ihr Heil in "parlamentarischen Politikformen" sucht. So hat Peter Pilz mit Aussagen wie "Wir sind keine Ausländer-raus-, aber auch keine Ausländer-rein-Partei" die grüne Basis geschockt. Es zeigt sich immer wieder, daß es in der GA sehr unterschiedliche, oft widersprüchliche Meinungen gibt. Das Spektrum reicht von ehemals sehr links bis konservativ. Auch die Basisdemokratie scheint in der Praxis nicht so gut zu funktionieren. Während des Wahlkampfes gab es vermehrt Proteste der Wiener Basis über die Aussagen von Pilz, die Wahlplakate und die allgemeine Wahlkampfstrategie.

Wenn die GA ihren Kurs in diese Richtung weiterhin verfolgt, wo bleibt da der qualitative Unterschied zur SPÖ?

Ein entscheidender Unterschied ist freilich, daß die GA trotz populistischer Politik niemals zur Massenorganisation werden wird!

Auch ist und bleibt die SPÖ weiterhin die Partei, in der die meisten Lohnabhängigen organisiert sind. Gemeinsam könnten sie daher auch "ihre" Partei in ihrem Sinne verändern! Die Grüne Alternative

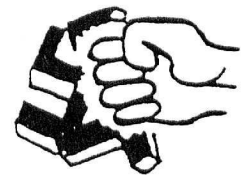
verfügt dagegen über so gut wie keine Arbeiterbasis.

Wir fordern alle linken, mit den Grünen sympathisierenden, Jugendlichen auf, uns bei unserem Kampf in SPÖ und ÖGB zu unterstützen. Die Sozialistische Jugend muß durch ein klares sozialistisches Programm vor allem zu Umwelt und Sozialfragen, Abschaffung von Privilegien, Kritik

an der Linie der Parteiführung... zeigen, daß sie am konsequentesten "grüne" Ideen vertritt. Wirklicher Umweltschutz ist verknüpft mit einer Systemveränderung. Ansonsten sind wir in den verschiedensten Fragen gerne zu Diskussionen und punktueller Zusammenarbeit bereit.

Ulrike Sefelin SJ 3

## Nazis vor Gericht



Gleich zwei österreichische Obernazis standen im November 1991 vor Gericht.

Küssel mußte sich (zusammen mit 6 seiner "Kameraden" von der VAPÖ) wegen eines Brandanschlags auf das besetzte Haus in der Rigidigasse verantworten. Dieser Anschlag (die Brandsätze explodierten nicht) wurde von 5 VAPÖ-Nazis ausgeführt, die später behaupteten, von Küssel angestiftet worden zu sein. Die Anklage wurde von Brandstiftung auf Sachbeschädigung herabgesetzt. Küssel muß 18 Tage in Haft. Eine verwunderlich kurze Strafe für einen Mann, der sich auf das Programm der NSDAP von 1920 beruft.

Der zweite Ober-Nazi ist der etwas ältere Ochsenberger. Er ist der Herausgeber der Zeitschrift "Sieg", in der auf Ausländer und Juden gehetzt und die Existenz von Gaskammern geleugnet wird. Die Anklagepunkte, die die Leugnung von Gaskammern in den KZ betrafen, wurden vom Staatsanwalt zurückgezogen. Er wurde schon 1989 deshalb freigesprochen, da er die Vorladung von Zeugen beantragte, die die Nicht-Existenz der Gaskammern beweisen hätten sollen. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab und Ochsenberger wurde von den Geschworenen für nicht schuldig befunden. Er wurde wegen der anderen Anklagepunkte (Anstiftung zu Straftaten) zu 3 Jahren Haft verurteilt. Ein etwas zweifelhaftes Urteil für einen Mann, der zu den ganz Großen der Neonazi-Bewegung gehört.

Makaberes Detail am Rande: Ochsenbergers Anwalt Schaller begann seine Anklagebeantwortung mit den Worten: "Meine Herren, es

hat zu keiner Zeit je eine einzige Gaskammer in deutschen Konzentrationslagern gegeben." Etwas leichter hatte es dieses Jahr der Herausgeber der Zeitschrift "Halt", Altnazi Gerd Honsik. Er feierte gemächlich mit seinen "Kameraden" im Kursalon Hübner Weihnachten. Um diese Feier zu verhindern, versammelten sich etwa hundert Antifaschisten. Doch wie üblich wurde die Veranstaltung massiv von der Polizei geschützt. Leider war es auch nicht gelungen, das Eindringen von drei Nazi-Hooligans zu verhindern. Umbemerkt kamen sie in die Nähe des Stadtparks (dort liegt das Nobel-Hotel Hübner) heran. Als wir sie bemerkten, liefen wir sofort auf sie zu, sie flüchteten zum Polizeikordon und wurden von Polizisten zur Veranstaltung begleitet. Nachdem der grüne Gemeinderat Margulies seine Rede gehalten hatte, löste sich die Protestkundgebung immer mehr auf. Die Polizei hatte es nicht nötig, weiter einzuschreiten. Im großen und ganzen leider eine mißglückte Aktion. Was wohl auch damit zusammenhing, daß die Nazi-Feier erst so kurz davor bekannt wurde. Umso mehr wird es nötig sein, in Zukunft mehr antifaschistische Arbeit zu leisten.

Michael Gehmacher SJ 5-LAG

## USA: Begrenzte Möglichkeiten

Die USA - das Land der "unbegrenzten Möglichkeiten". Das Land in dem jeder, wenn er nur fleißig ist, vom Tellerwäscher zum Millionär werden kann. Das Land, an dem wir uns alle ein Beispiel nehmen sollten, darf man den Herren in den Chefetagen glauben.

Die Realität der meisten in den USA heißt aber: soziales Elend, Rassismus und enorme wirtschaftliche Probleme - aber das ist nicht so attraktiv und wird viel leiser gesagt.

### Soziale Situation

Offiziell leben etwa 14% der US-Bürger unter der Armutsgrenze. Darunter sind mindestens 5 Millionen Kinder, die noch nicht einmal 6 Jahre alt sind. Die Reallöhne der amerikanischen Arbeiterklasse stagnieren seit ca. 20 Jahren! Das bedeutet, wenn man die Inflation berücksichtigt, eine Kaufkraftminderung von etwa 16% im Gegensatz zu 1970. Jene Familien, die ihren Lebensstandard halten (nicht erhöhen!) konnten, mußten dafür mehr und länger arbeiten. Gleichzeitig ist aber auch die Arbeitslosigkeit auf (offiziell) 6,1% gestiegen.

Arbeitslosigkeit und Krankheit bedeuten für viele aufgrund des mangelhaften oder nicht vorhandenen Sozialsystems den endgültigen Abstieg in die Armut. In zahlreichen Städten der USA gibt es tausende Obdachlose, Ghettos und Elendsviertel.

### Schwarz - Weiß

Besonders stark sind Farbige von sozialen Problemen betroffen. Die soziale Kluft zwischen Farbigen und Weißen vertieft sich immer mehr. Die Arbeitslosenquote liegt bei Farbigen bei 11,8%, das Durchschnittseinkommen nur bei 56% des der Weißen. Da in den USA die Qualität der Ausbildung meist vom Geld abhängt, haben farbige Kinder und Jugendliche meist keine Chance, ihre Situation zu verbessern. Hinzu

kommt noch, daß rassistische Organisationen, wie der Ku-Klux-Klan, nachwievor Einfluß in Politik und Wirtschaft haben. Jede weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation trifft am stärksten die farbigen Bewohner.

### Wirtschaftliche Situation

Alle Mißstände wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Massenelend gibt es bereits seit Jahren und Jahrzehnten. Also bereits zu einer Zeit, als die US-Wirtschaft noch im "Aufschwung" war. Nun erklären uns die Wirtschaftsexperten immer wieder, daß die Krise nur ganz kurz dauert, eigentlich schon wieder vorbei ist. Aber alles weist in eine andere Richtung.

Seit Mitte der 80er Jahre hat sich die USA von einer Gläubiger- zur größten Schuldernation entwickelt. Die Wirtschaftspolitik der Reagan-Ära, die sogenannten "Reagonomics", verdreifachten die Staatsverschuldung innerhalb von 8 Jahren.

George Bush, der mit dem Versprechen, keine Steuern zu erhöhen, den Wahlkampf geführt hatte, bricht dieses nun. Um die Neuverschuldung für '91 "gering" zu halten, legte er einen Haushaltsentwurf vor. Dieser beinhaltete unter anderem Einsparungen im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich sowie Steuererhöhungen. Den Vorschlag, den Spitzensteuersatz für Besserverdienende von 28 auf 32% zu erhöhen, lehnte er aber strikt ab.



USA: Immer wieder Massendemos....

...treiben  
Bush den  
Schweiß auf  
die Stirn!



Banken, die ständig steigende Staatsverschuldung und die sich nicht wirklich verbessernde wirtschaftliche Situation weisen Richtung Krise. Obwohl der Golfkrieg die US-Wirtschaft etwas angekurbelt hat und die USA nach Angaben eines amerikanischen Forschungsinstituts etwa 22,7 Milliarden \$ mehr für den Golfkrieg erhalten als gezahlt hat, weist der IWF darauf hin, daß es sich hierbei um die schwächste wirtschaftliche Erholung seit dem 2. Weltkrieg handelt.

Ende Dezember startete Bush eine Asientour um die ostasiatischen und japanischen Märkte zu öffnen. Im Handgepäck hat er (auf Regierungskosten) die Chefs von General Motors, Ford und Chrysler. Da der inländische Markt, nicht zuletzt wegen des sinkenden Lebensstandards und damit der sinkenden Kaufkraft, nichts mehr her gibt, hofft er "Jobs, Jobs, Jobs" auf diese Tour zu schaffen. 1988 versprach Bush, 30 Millionen neue Jobs zu schaffen. Die Realität sieht anders aus: im Oktober verloren täglich 2600 Amerikaner ihren Arbeitsplatz, allein General Motors kündigte die Entlassung von 74 000 Arbeitern an.

### Arbeiterpartei

In den USA gibt es nicht, wie in den meisten entwickelten Wirtschaftsnationen, eine große Arbeiterpartei. Es gibt zwar viele, teilweise auch starke und einflußreiche Gewerkschaften, aber keine für alle Arbeiter kämpfende Partei. In einigen Teilen der USA gibt es Bestrebungen, eine solche Labour Party aus den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder aufzubauen. Um den Kampf gegen die bestehenden und sich noch verschlechternden Mißstände führen zu können, ist eine starke Arbeiterpartei notwendig.

Sonja Grusch SJ 23

## Von Haider, Hools & Polizei

In letzter Zeit hört man immer wieder von Angriffen Rechtsradikaler. Im Wiener Wahlkampf und bei Veranstaltungen haben auch wir das vermehrt zu spüren bekommen.

Am 2. November 1991 machten wir, wie fast jeden Samstag vor den Wiener Landtagswahlen, einen SJ-Informationstisch am Stephansplatz. Von Anfang an gab es immer wieder Provokationen von rechtsradikalen Jugendlichen. Doch sind wir solche Dinge schon gewohnt und es verlief auch diesmal ohne größere Zwischenfälle.

In der U-Bahnpassage redete ein sichtlich betrunkenen Hooligan einen von uns auf seinen Anstecker ("Gegen Nazis") an und erklärte, dieser würde ihm nicht gefallen. Da der SJ'ler sich weigerte, den Anstecker wegzunehmen, entriß uns der Hooligan die Fahnenstange und schlug damit sogleich auf uns ein.

Unmittelbar nach dem Zwischenfall riefen wir die Polizei, die auch prompt in Form der Alarmabteilung zur Stelle war. Die netten Herren im Kampfanzug nahmen ein sehr ausführliches Protokoll auf, wobei die Hauptschwierigkeit dabei lag, dem Einsatzleiter klarzumachen, daß die "Täter" (Hooligans) ganz sicher keine Ausländer waren!

Das nächste Problem war die Beschaffung eines Rettungswagens.

Nach fast einer Stunde Wartezeit konnte endlich eine Gruppe ortskundiger Sanitäter zum Schwedenplatz finden. Die Polizisten hatten sie erst so spät gerufen. Doch im Rettungswagen wurden wir wieder von der Bürokratie überfallen. Da es scheinbar nicht möglich war, den Sanitätern eine Durchschrift des Polizeiprotokolls zu geben, mußten sie ein eigenes aufsetzen. Doch schließlich war auch das Überstanden - und auch die relativ kurze Wartezeit im AKH (eine halbe Stunde Warten auf die Erstversorgung!) - und wir hatten glücklich und zufrieden unsere Befunde in der Hand. Nachdem am nächsten Tag der obligatorische Besuch beim Amtsarzt vollbracht war, kam ich auf die unverschämte Idee, eine Anzeigenbestätigung zu wollen, um sicher zu gehen. Wir konnten keine Auskünfte, mit dem Hinweis auf Datenschutz, bekommen. Ergebnisse liegen bis jetzt keine vor.

Doch war dies nicht unser erstes Erlebnis mit Hooligans und Polizei. Schon kurz vorher hatten wir versucht, im Rahmen einer Wahlveranstaltung des Jörg H. von unserem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen. Die Folge war, daß wir zuerst von den als Ordnungsdienst des Jörg H. auftretenden Hooligans geprügelt wurden. Und

gleich darauf von der Polizei (Alarmabteilung), der diese "unangemeldete Demonstration" mißfiel. Die Polizei fing zu prügeln an, ohne uns vorher zum Verlassen aufzufordern. Nachher wollte keiner der anwesenden Polizisten seine Dienstnummer sagen.

Weder die FPÖ ist so liberal wie sie tut noch die Polizei unser "Freund und Helfer". Das zeigt wieder einmal, wie sich die Lage immer mehr polarisiert und es an der Zeit ist, Farbe zu bekennen.

Michael Hotvagner SJ 23

Das Tauziehen um den abschaffenswürdigsten Posten im Staatsgefüge hat begonnen.

Mit Heide Schmidt kandidiert zwar eine Frau für das höchste Amt, doch es ändert nichts daran, daß sie Repräsentantin der Partei mit der wohl frauenfeindlichsten Politik ist. Sie ist voll verantwortlich für den Kurs der FPÖ. Jede Stimme für sie würde nur die Position der FPÖ stärken. Kleistils Diplomatenimage darf nicht darüber täuschen, für wen und was er tatsächlich kandidiert. Als ÖVPler steht er für die Interessen der Unternehmer und für deren Angriffe auf die Arbeiter. Nichts unterscheidet ihn darin wirklich von Schmidt. Der grüne Kandidat Jungk wird im 1. Wahlgang sicherlich die eine oder andere Proteststimme erhalten. Er steht für viele, oft junge, von der SPÖ-Politik Enttäuschte, als eine Art linke Alternative. Doch von wirklich sozialistischen Ideen ist auch er meilenweit entfernt.

An Streicher gibt es jede Menge berechtigte Kritik: Privatisierungen, Verkehrspolitik... Doch es geht in dieser Wahl in Wirklichkeit nicht um einzelne Personen, sondern ob die Bürgerlichen schon wieder einen Erfolg feiern können oder nicht. Es ist wichtig, daß Streicher diese Wahl gewinnt, trotz seiner Politik in der Vergangenheit. Jede Schwächung Streichers führt letztlich zu einer Stärkung der Rechten. Der Wahlkampf sollte genutzt werden, um mit sozialistischen Forderungen gegen die bürgerliche Offensive vorzugehen.

Andrea Koch SJ 9





# NEIN zum Asylgesetz

Mit Paß - ohne Paß, nur in bestimmte Länder ein-, aber nicht durchreisen, das sind Fragen, die sich jemand, der Hals über Kopf flüchten muß, sicher nicht überlegen kann.

Mit dem neuen Asylgesetz gilt nur als Flüchtling, wer 1. mit Papieren reist, 2. bevor er Österreich erreicht, durch kein anderes "freies" Land durchgereist ist, und 3. den Asylantrag innerhalb einer Woche stellt. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, egal woher der Betreffende kommt, dann wird er ab- bzw. zurückgeschoben. Anderenfalls darf der Antragsteller auf den Bescheid warten, ob er nun Flüchtling ist oder nicht.

Ist das Urteil negativ, dann wird sofort abgeschoben, auch wenn der Antragsteller dagegen beruft. (Möglicherweise bekommt der Flüchtling seine Anerkennung postum zugestellt, derweil er oder sie im "Heimatland" zu Tode gefoltert worden ist.)

Anerkannt wird nur, wer politische Verfolgung nachweisen kann.

Wer "nur" am Verhungern war, der wird als "Wirtschaftsflüchtling" abgeschoben. Wer z.B. aus der Türkei kommt, wird ebenfalls nicht anerkannt, da es aus der Türkei, als westliche Demokratie, keine Flüchtlinge geben kann. (Daß dort die Kurden massenweise hingemetzelt werden, interessiert die Regierung offenbar nicht.)

Da die Flüchtlinge aufgrund der Ausländerquoten auch als normale Einwanderer keine Chance haben, bleibt nur der Weg in die Illegalität. Die Regierung treibt die Flüchtlinge somit direkt in die Hände der Unternehmer, die nur darauf warten, wieder billige Arbeitskräfte zu bekommen, die noch dazu ohne Rechte und ohne Vertretung sind.

Anstatt konsequent Politik für alle Arbeitnehmer zu betreiben, flüchtet sich die SPÖ in ausländerfeindliche Strategien. Der Erfolg stellt sich allerdings nicht in demselben Maß wie bei der FPÖ ein - Haider ist eben der bessere Ausländerfeind.

Dem "Problem" des ohnehin nicht allzu großen Ausländerzustroms kann nur begegnet werden, wenn genug Wohnungen gebaut, die Sozialleistungen ausgebaut werden und die Arbeitszeit radikal verkürzt wird.

Eine derartige Politik würde allen, die in Österreich wohnen, zugutekommen!

Andrea Koch SJ 5

\* Schluß mit der Asylanthetze - volle politische und soziale Rechte für alle Ausländer.

\* Keine Trennung in politische und Wirtschafts-Flüchtlinge.

\* Arbeitserlaubnis für alle Flüchtlinge - Enteignung von Unternehmern, die schwarz Arbeiter beschäftigen.

\* Nein zu einer Weltordnung, in der eine Handvoll Konzerne das Sagen haben und deren Handeln erst Voraussetzungen schafft, daß Menschen ihre Heimat verlassen müssen.



**Spendenkonto**  
**PSK 8812.733**

Ich möchte

## VORWÄRTS

unterstützen und bitte  
um weitere Informationen ○



Name .....

Anschrift .....

Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50,- ÖS ○

10 Ausgaben zu 100,- ÖS ○

ein VORWÄRTS-Förderabo ○

zu ÖS ... beziehen  
(ab 50,- ÖS)

Auslandsabo (5 Ausgaben: 80,-) ○

Einsenden an:

VORWÄRTS zur sozialistischen  
Demokratie e.V.

Postfach 2, A-1082 Wien